

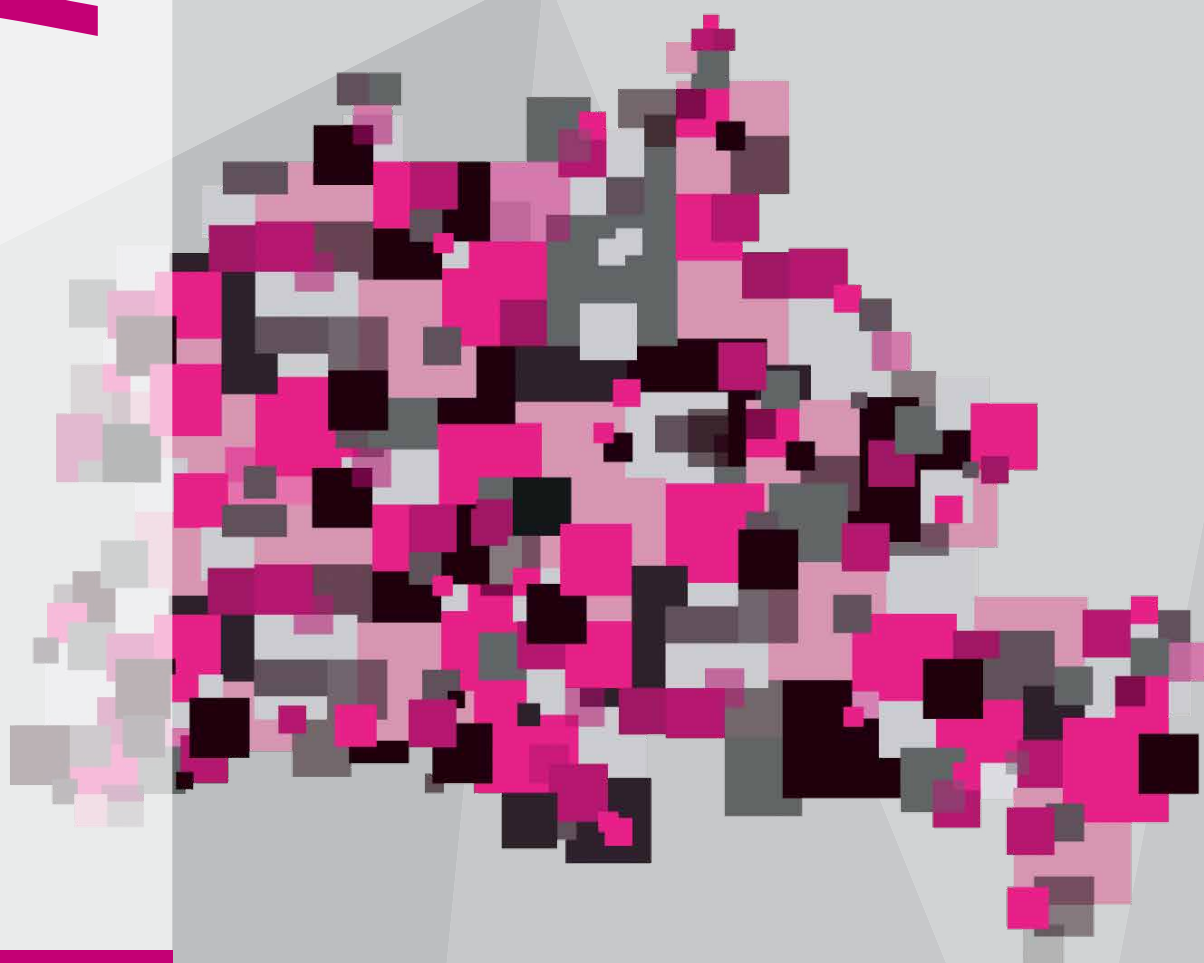
Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Juni 2018

hauptstadt magazin

23. Landesgewerkschaftstag

Zukunft sichern – Nachwuchs fördern!



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



Liebe Leserinnen, lieber Leser,

der 23. Landesgewerkschaftstag des dbb berlin hat den Schwerpunkt unserer künftigen gewerkschaftlichen Arbeit insbesondere auf Nachwuchsförderung und Personalentwicklung gesetzt. Aus gutem Grund: In allen Berliner Verwaltungen knirscht es gewaltig, weil ihre Funktionsfähigkeit längst nur noch durch außerordentlichen Einsatz des viel zu knappen Personals aufrechterhalten werden kann. Und wenn nicht endlich mit konkurrenzfähigen Beschäftigungsbedingungen in Berlin gegengesteuert wird, drohen mangelnde Perspektiven und Abwanderungen zu den Berliner Bundesbehörden oder in den Landesdienst des benachbarten Brandenburg, die Landesverwaltung in der Hauptstadt auszuhöhlen.

Höchste Alarmstufe – und unser Senat wurstelt ungerührt weiter, als ob seine scheuklappige Personalpolitik nicht schon genug Schaden angerichtet hätte. Keine leichte Aufgabe für die neue Landesleitung, diesem realitätsfernen und beratungsresistenten Senat die Augen zu öffnen.

Der Landesgewerkschaftstag hat nicht zuletzt deshalb eine Verstärkung der Landesleitung beschlossen, die sich mit vereinten Kräften gegen das drohende personelle Desaster stemmen und vernünftige Beschäftigungsbedingungen für Berlin einfordern wird.

Neben der ausführlichen Berichterstattung über unseren diesjährigen Landesgewerkschaftstag enthält auch diese Ausgabe des hauptstadt magazins wiederum interessante Rechtsfragen, Nachrichten aus den Mitgliedsgewerkschaften – unter anderem die Ergebnisse von Betriebsratswahlen bei Post und Berlin Transport – sowie unser beliebtes Preisrätsel.

In diesem Sinne grüßt Sie Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Inhalt

23. Landesgewerkschaftstag	
Zukunft sichern – Nachwuchs fördern!	4
Besoldung	
Berlin verschläft personellen Wettbewerb!	7
Aus den Mitgliedsgewerkschaften	
VBE-Landesgewerkschaftstag	8
Menschen in der Hauptstadt wollen moderne Videotechnik	9
DPVKOM: Große Erfolge bei Betriebsratswahlen	10
Betriebsratswahlen bei Berlin Transport	11
DJG: Gespräch mit Justizsenator	12
vbob jugend tagte	12
Unterhaltung	
Preisrätsel	14
Recht	
Wegweisendes Urteil zur Wegstreckenentschädigung	15
Kurz notiert	
Vereinbarkeit von Beruf und Pflege	16
Aktuelle Besoldungstabelle online	16
Zeit, einfach mal Danke zu sagen!	16

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520. **Telefax:** 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin.

Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@

dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane

Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:**

Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712.

Preisliste 15, gültig ab 1.10.2017. **Herstellung:**

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien,

Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern.

Fotos: wie angegeben. **Titelbild:** © brandung3

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

23. Landesgewerkschaftstag

Zukunft sichern – Nachwuchs fördern!

Wie ein roter Faden hat sich das Thema Personalnot im Berliner öffentlichen Dienst durch den 23. Landesgewerkschaftstag des dbb berlin am 30. Mai 2018 gezogen. Das Tagungsmotto, die Podiumsdiskussion, eine Resolution und zahlreiche Anträge der dbb Mitglieds-gewerkschaften unterstrichen die Brisanz der Problematik, die endlich entschlossenes Vorgehen der Politik verlangt, um den Berliner Landesdienst in erster Linie wieder wettbewerbsfähig zu machen. Dazu gehören sachorientierte, zupackende und durchsetzungsstarke Politiker im Berliner Senat, wie sie auf Gewerkschaftsseite jetzt im Amt bestätigt bzw. neu gewählt wurden.

Für weitere fünf Jahre wird Frank Becker die Geschicke des dbb berlin lenken. Das haben die 89 stimmberechtigten Delegierten des dbb Landesgewerkschaftstags am 30. Mai 2018 mit der überwältigenden Mehrheit von 88 Stimmen entschieden.

Neben dem Landesvorsitzenden Frank Becker gehören der Landesleitung jetzt sechs stellvertretende Landesvorsitzende an. In das Amt wiedergewählt wurden Bodo Pfalzgraf (DPoIG) und Synnöve Nüchter (gkl berlin). Neu in das Amt gewählt wurden Heike Breuning (VBE), Thomas Goiny (BSBD), Torsten Jaehne (DPVKOM) und Sandra Kothe (DSTG).

Die langjährigen Mitglieder der Landesleitung Bernd Raue und Ferdinand Horbat hatten aus Altersgründen nicht mehr kandidiert.

Über sechzig Beschlüsse gefasst

Bei den Sachberatungen haben die Delegierten des Landesgewerkschaftstages mit zwei Resolutionen, einer Entschließung und über fünfzig Anträgen der neuen Landesleitung für die nächsten fünf Jahre ein breites Arbeitsfeld aufgegeben.

In einer Resolution zum Veranstaltungsmotto „Zukunft sichern – Nachwuchs fördern!“ etwa wird eine insgesamt attraktivere und den Bedürfnissen junger Menschen angepasste Ausgestaltung des Berliner Landesdienstes gefordert. Die Flexibilisierung soll vorangetrieben, der Wissenstransfer zwischen auscheidenden und neu eingestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sichergestellt und die Aufstiegs- und Entwicklungschancen mit einem modernen Dienst- bzw. Tarifrecht ausgebaut werden. Ausbildungsinhalte müssten regelmäßig angepasst und eine bessere Bezahlung gewährt werden.

Mehr Sicherheit für Berlin

In einer weiteren Resolution fordert der Landesgewerkschaftstag eine Ressort übergreifende Zusammenarbeit aller Sicherheitsorgane in der Hauptstadt im Interesse der Sicherheit Berlins. Ohne eine zentrale Koordinierungsstelle, ohne eine gemeinsame Sicherheitsakademie, ohne Abschied vom engen Ressortdenken und vor allem ohne ausreichendes



Die neu gewählte Landesleitung: Sandra Kothe, Thomas Goiny, Frank Becker, Torsten Jaehne, Heike Breuning, Bodo Pfalzgraf und Synnöve Nüchter (von links)

Der alte und neue Landesvorsitzende, der 2013 erstmals in diese Funktion gewählt worden war und zuvor viele Jahre als stellvertretender Landesvorsitzender ein Spitzenamt im dbb berlin bekleidet hat, zeigte sich überwältigt von dem klaren Vertrauensbeweis: „Das Wahlergebnis schätze ich umso höher ein, als der gesamten Landesleitung in den vergangenen Jahren kräftig politischer Gegenwind ins Gesicht geblasen ist. Offenbar wussten die Delegierten sehr wohl einzuschätzen, dass gewerkschaftliche Erfolge in derartigen Zeiten nur sehr schwer erreichbar und das Errichte dann umso höher einzuordnen ist.“



Personal werde Straftätern das Agieren in Berlin erleichtert und der Rechtsstaat letztlich ausgehebelt.

Die EntschlieÙung zielt darauf ab, geschlechterbedingte Verdienstunterschiede im öffentlichen Dienst endlich abzubauen. Ursachen dafür, dass Frauen trotz vergleichbarer Abschlüsse durchschnittlich sieben Prozent weniger verdienen, sind insbesondere familienbedingte Berufsunterbrechungen, schlechte Beförderung- und Aufstiegschancen und die unterschiedliche Bezahlung sogenannter typischer Frauen- und Männerberufe. Abhilfe schaffen sollen künftig nach dem Willen des Landesgewerkschaftstags vor allem gegenderte Datenerhebungen zu der Einkommenslücke, diskriminierungsfreie Beurteilungen und die Einbindung von Politik, Tarifvertragsparteien und Gesellschaft in die Thematik.

Bei den weiteren Beschlüssen, die von den Mitglieds- gewerkschaften beantragt worden waren, nehmen Einkommensforderungen einen breiten Raum ein – kein Wunder, ist Berlin bei der Beamtenbezahlung doch weiterhin Schlusslicht im Bundesvergleich. Verlangt wird vor allem die schnelle Angleichung an die Bezahlung beim Bund, zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifiergebnisses zur Anpassung der Besoldung an die Einkommensentwicklung, Aufstockung des Weihnachtsgelds, Wiedereinführung des Urlaubsgelds und die Gewährung und Ausgestaltung von Zulagen.

Im Tarifrecht zielen die Forderungen vor allem auf bessere Eingruppierungen und auf verbesserte Ausbildungsbedingungen für Nachwuchskräfte ab.

Bedarfsgerechte Personalausstattung

Auch die bedrückende Personalnot findet in zahlreichen Beschlüssen ihren Niederschlag. Hier lautet die Kernforderung, dass die Stellen- und Personalausstattung für alle Verwaltungsbereiche gemessen an den gestiegenen Anforderungen an eine wachsende Stadt bedarfsgerecht erhöht wird.

Weitere Beschlüsse betreffen unter anderem die Digitalisierung und Flexibilisierung der Arbeit, die Optimierung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Gewährung kostenfreier Jobtickets und den Fortbestand des Neutralitätsgesetzes an Berliner Schulen.

Öffentliche Veranstaltung: Konkurrenzfähigkeit – jetzt herstellen!

Um eine aufgabengerechte Personalausstattung im Berliner Landesdienst rankten sich auch die Beiträge der Redner und Diskutanten bei der Öffentlichen Veranstaltung des dbb Landesgewerkschaftstags. Weitgehend einig waren sich Landespolitiker und Gewerkschafter, dass ohne deutliche Verbesserungen der Beschäftigungsbedingungen im Landesdienst kein ausreichender Nachwuchs gewonnen werden kann, über die Dringlichkeit der Anpassung der Wettbewerbsbedingungen gingen die Meinungen jedoch auseinander.

In einem Grußwort bezeichnete die Vizepräsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses, Cornelia Seibeld (CDU), anständige Rahmenbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes als Selbstverständlichkeit. Maßnahmen, wie verzögerte Besoldungsanpassungen, seien reine Willkür. „Die Berliner Beamtinnen und Beamten haben Anspruch auf Besoldungserhöhungen für ein ganzes Jahr“, rief Seibeld unter dem Beifall der Delegierten aus.



Cornelia Seibeld

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach bezeichnete Engpässe und Beschäftigungsbedingungen in der Berliner Verwaltung als „einer Bundeshauptstadt nicht würdig“ und forderte die verantwortlichen Politiker zu vernünftigen Problemlösungen anstelle von Sonntagsreden auf. Die Konkurrenzfähigkeit des Berliner Landesdienstes dürfe nicht erst 2020/2021, sondern müsse sofort oder eigentlich schon gestern hergestellt sein.



Ulrich Silberbach

An vielen Stellschrauben drehen

In der Podiumsdiskussion mit Landespolitikern zum Tagungsthema stellte die Vorsitzende der dbb Jugend, Karoline Herrmann, klar, dass an vielen Stellschrauben gedreht werden müsse, um den öffentlichen Dienst für den Nachwuchs attraktiv zu gestalten, eine besonders wichtige sei die Übernahmegarantie nach erfolgreicher Laufbahnprüfung.

Berlins Innensenator Andreas Geisel räumte bei der von rbb-Fernsehmoderatorin Britta Elm geleiteten Diskussion zwar ein, dass die Situation im öffentlichen Dienst nach einer langen notwendigen Konsolidierungsphase nicht einfach sei, eine Aufholjagd habe aber, u. a. bei Besoldung und Technisierung, begonnen und werde bis zum Ende der Legislaturperiode die gewünschten Erfolge zeigen. Es mache keinen Sinn, „Schreckensgeschichten“ zu verbreiten, Berlin sei nach wie vor ein attraktiver Standort.



Karoline Herrmann



Andreas Geisel



Bodo Pfalzgraf

Die Fraktionsvorsitzende der Linken, Carola Bluhm, wollte nicht nur für neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter „den roten Teppich ausgerollt“ wissen, sondern mahnte flexiblere Beschäftigungsmöglichkeiten und eine angemessene Besoldung auch für das vorhandene Personal an.

Auch Anja Schillhaneck, Finanzpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, mahnte Land und Bezirke, sich wie jeder andere Arbeitgeber auch zu verhalten und für ein gutes Arbeitsklima zu sorgen.

Für eine mutige Verwaltungsreform, die mit Doppelstrukturen radikal aufräumt, plädierte der FDP-Fraktionsvorsitzende Sebastian Czaja. Um im personellen Wettbewerb bestehen zu können, gelte es darüber hinaus, die Digitalisierung voranzutreiben und langfristige Personalentwicklungspläne aufzustellen.

Historische Chance nutzen

Der Innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Burkhard Dregger, rief angesichts der Überschüsse im Landshaushalt dazu auf, richtige Prioritäten zu setzen. Die historische Chance müsse jetzt genutzt werden, den Staat personell wieder in die Lage zu versetzen, seine absoluten Pflichtaufgaben konsequent durchzusetzen zu können.

Die Konkurrenzsituation der Berliner Landesverwaltung zu den in der Hauptstadt ansässigen Bundesbehörden Bund unterstrich der stellvertretende AfD-Fraktionschef Karsten Woldeit. Das bundesdeutsche Mittel reiche deshalb bei der Bezahlung der Berliner Beamten nicht aus. ■



Franziska Becker



Carola Bluhm



Anja Schillhaneck

Wenig Verständnis zeigte der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Bodo Pfalzgraf im Zusammenhang mit dem vom Innensenator reklamierten Zeitbedarf dafür, dass die lange vorhersehbare Pensionierungswelle nicht rechtzeitig durch Neueinstellungen abgedeckt worden sei. Zugleich mahnte er die notwendigen personellen Konsequenzen aus der „wachsenden Stadt“ an und schlug vor, qualifizierte Kräfte, die aus der Bundeswehr ausscheiden, für den Landesdienst zu gewinnen.

Wie Berlins Innensenator unterstrich auch Franziska Becker, Sprecherin der SPD-Fraktion für Personal/Verwaltung/PHPW, dass das Umsteuern in der Personalpolitik einen positiven Anfang genommen habe. Weitere Maßnahmen in Engpassberufen, wie Bau-Technikern oder Erziehern, sowie Kampagnen im internen Arbeitsmarkt würden noch ergriffen.



Sebastian Czaja



Burkhard Dregger



Karsten Woldeit

Senatsbeschluss zur Besoldungsangleichung völlig unzureichend

Becker: Berlin verschläft personellen Wettbewerb!

Empörung hat der Beschluss des Berliner Senats zur Besoldungsangleichung vom 15. Mai 2018 beim dbb berlin ausgelöst. Danach soll trotz der alarmierenden Personalabwanderungen Richtung Berliner Bundesbehörden und trotz aller höchstrichterlicher Zweifel an der Amtsgemessenheit der Berliner Besoldung stur an der Angleichung an den Länderdurchschnitt bis zum Jahr 2021 festgehalten werden. Nicht einmal die Besoldungserhöhung 2018 soll ohne zeitliche Verzögerung ausgezahlt werden.

„Wir bleiben dabei, die Besoldung der Beamtinnen und Beamten in Berlin muss an die des Bundes angepasst werden. Denn der Wettbewerb um die besten Köpfe für den öffentlichen Dienst wird in Berlin nicht mit den anderen Bundesländern, sondern mit den in der Hauptstadt ansässigen Bundesbehörden ausgetragen“, kritisierte dbb Landeschef Frank Becker die Entscheidung des Senats unmittelbar nach Bekanntwerden. Der Besoldungsabstand zu den direkt konkurrierenden Dienststellen des Bundes liegt weit höher als der vom Senat allerdings auch erst bis 2021 angestrebte Länderdurchschnitt. „Mit den jetzt beschlossenen Erhöhungsschritten für Juni 2018, April 2019, Februar 2020 und Januar 2021 muss sogar bezweifelt werden, ob das unzureichende Senatsziel erreicht werden kann“, zeigt sich Becker enttäuscht. Das Land Berlin sei auf dem besten Wege, den personellen Wettbewerb endgültig zu verschlafen.

Verärgerung über Verzögerung

Als absolut unnötig und fatal bezeichnet Becker in diesem Zusammenhang die Entscheidung, Besoldungserhöhungen nicht bereits ab 2018 zum 1. Januar vorzunehmen. „Den Kolleginnen und Kollegen stößt das mächtig auf. Sie sind stocksauer, dass ihr Gehaltsverzicht im Rahmen des Solidarpakts trotz eines 2,1 Milliarden-Haushaltsüberschusses nicht endlich honoriert wird.“ Becker empfiehlt dem Senat dringend, jetzt endlich seinerseits Solidarität zu zeigen und die Beamtinnen und Beamten für ihre gute Arbeit angemessen zu entlohnen. Ein Blick in die Gerichtsentscheidungen zur verfassungswidrigen Besoldung in Berlin könne dabei sehr hilfreich sein.

Unverständnis zeigt Becker auch darüber, dass trotz mehrfacher Ankündigung des Finanzsenators immer



© Fotolia

noch keine Entscheidung über den Umgang mit Widersprüchen der Beamtinnen und Beamten zu ihrer Besoldung vorliegt. Der dbb berlin hatte bereits im September vergangenen Jahres angeregt, entsprechende Anträge und Widersprüche nicht zu bescheiden beziehungsweise ruhend zu stellen und auf die Einrede der Verjährung zu verzichten. „Es wird höchste Zeit, dass den Dienststellen des Landes Berlin endlich eine Verfahrensempfehlung an die Hand gegeben wird“, fordert Becker.

Unterstützung von der Opposition

Unterstützung findet die dbb Forderung nach Angleichung an die Bundesbesoldung bei der CDU-Opposition im Berliner Abgeordnetenhaus. Wörtlich erklärte Fraktionschef Florian Graf:

„Als CDU unterstützen wir die Forderung vom dbb beamtenbund und tarifunion. Bereits zu den Beratungen des Doppelhaushalts 2018/19 hatten wir einen ausfinanzierten Vorschlag für eine verlässliche Anpassung der Besoldung der Berliner Beamten auf Bundesniveau vorgelegt. Die jetzt vom Senat beschlossene schrittweise Angleichung auf das Durchschnittsniveau der Bundesländer reicht nicht aus, da sie den Wettbewerbsnachteil des öffentlichen Dienstes in Berlin gegenüber dem Bund und der anderen Länder nicht beendet. Eine Bezahlung auf Bundesniveau ist unabdingbar, um die Berliner Verwaltung attraktiv für die besten Köpfe zu machen.“

VBE

Geschäftsführender Vorstand gewählt



Auf dem 68. Vertretertag des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Landesverband Berlin, wurde am 7. Mai 2018 ein neuer Geschäftsführender Vorstand gewählt. Als Landesvorsitzende wurde Heidrun Quandt in ihrem Amt bestätigt. 1. stellvertretender Vorsitzender ist Gerhard Fabienke.

Weitere stellvertretende Landesvorsitzende sind Hanno Rüter, Achim Lindheimer und Marion Kittelmann. Zur Schatzmeisterin wurde Heike Breuning und als ihre Stellvertreterin Anna Maria Althelmig gewählt. Als Schriftführerin gehört Gabriele Dietrich dem Geschäftsführenden Vorstand an.

Konsequentes Vorgehen gegen Gewalt gefordert

In einer Resolution gegen Gewalt an Berliner Schulen forderten die Delegierten des Gewerkschaftstages die sofortige konsequente Ahndung von Gewalttaten, Erpressung, „Abzocke“, Mobbing und ähnlichen Delikten von Schülern. Verständnis, Gespräche und das Hoffen auf Besserung seien allzu oft pädagogische Träumerei.

Bei vielen Vorfällen an Berliner Schulen handele es sich um Straftaten, die zur Anzeige gebracht werden müssten.

Die den Lehrerinnen und Lehrern zur Verfügung stehenden Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen reichten schon lange nicht mehr aus. Viele Vorfälle würden der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie auch nicht gemeldet, um den Ruf der Schule nicht zu beschädigen. Schließlich trauten sich viele Lehrerinnen und Lehrer aus Angst vor Drohungen und Repressalien von Eltern und Verwandten nicht mehr, gegen Fehlverhalten vorzugehen.

In einem Grußwort informierte dbb Landeschef Frank Becker die Delegierten über die aktuelle Besoldungsentwicklung. ■



Politische Eitelkeit und Verzögerungstaktik

Menschen in der Hauptstadt wollen moderne Videotechnik!

Mit fragwürdigen Projekten wird kostbare Zeit vertan und die Bevölkerung für dumm verkauft

Mogelpackungen sind normalerweise ein Fall für den Verbraucherschutz, es gibt sie aber auch in der Politik. Der R2G-Senat arbeitet hektisch: Bürgerinnen und Bürger sollen zumindest den Eindruck gewinnen, künftig besser vor Kriminalität und Terror geschützt zu werden.

Nicht ohne Getöse kündigte der Senator für Inneres und Sport bei einem Kongress an, dass er sich für die Einführung sogenannter „Bodycams“ bei der Polizei Berlin starkmachen wird. Fachleute wissen, dass dafür gesetzliche Änderungen notwendig sind. Gleichzeitig lässt der Senator noch immer seine wirkungslosen, mit Videotechnik ausgestatteten „Sackkarren“ durch die Stadt rumpeln. Eine Anfrage im Parlament hatte die Nutzlosigkeit dieses „Einsatzmittels“ bestätigt, die gesetzlichen Grundlagen sind ohnehin unzureichend. Mit diesen Aktivitäten soll ganz offensichtlich vorgetäuscht werden, dass die Politik dem Wunsch von 80 bis 85 Prozent der Bevölkerung nachkommt, an kriminalitätsbelasteten Orten moderne Videotechnik einzusetzen. Eine echte Mogelpackung!

Gesetzentwurf abgeblockt

Dabei könnte R2G es so einfach haben. Das Bürgerbündnis für Videoaufklärung und Datenschutz hat schon vor Monaten einen Gesetzentwurf vorgelegt. Dieser Gesetzentwurf wurde sofort mit dem „Totschlagargument“ der angeblichen Verfassungswidrigkeit medial überzogen. Ein absurder Vorwurf, wenn man bedenkt, dass deutschlandweit Videotechnik im öffentlichen Raum erfolgreich im Einsatz ist. Außerdem will der Innensenator offenbar selbst der Überbringer froher Botschaften sein. Statt zügiger Sicherheitspolitik politische Eitelkeit und Hängepartie.

Das Bürgerbündnis hat in den vergangenen Monaten gemeinsam mit dem dbb berlin und einigen seiner Mitgliedsgewerkschaften über 25.000 Unterschriften in der Berliner Bevölkerung gesammelt. Trotz dieses eindeutigen Votums verschleppt die Regierung die Erfüllung des Bürgerwillens.

Richtig wäre es, die vom Bürgerbündnis für Videoaufklärung und Datenschutz vorgeschlagenen Gesetzesänderungen gemeinsam zu besprechen und zu verhandeln, was sinnvoll, notwendig und politisch durchsetzbar ist.



Sabine Schumann und der frühere Berliner Justizsenator Thomas Heilmann MdB sammeln Unterschriften für Videoaufklärung.

Die Weigerung des Senats, diesem Vorschlag zu folgen, führt zwangsläufig zur nächsten Stufe der Bürgerbeteiligung bis hin zum Volksentscheid.

Mogelpackung

Der Versuch, dem Bürgerbündnis mit Videokarre, Bodycams und Bollerwagen zu begegnen, kann an dieser Stelle bereits als Mogelpackung des Senators und als unwirksames Einsatzmittel im Kampf gegen Kriminalität und Terror enttarnt und der Lächerlichkeit preisgegeben werden.

R2G hat schon jetzt wichtige politische Vorhaben „versemmelt“, mit der Sicherheit der Berlinerinnen und Berliner darf das nicht passieren.

*Sabine Schumann,
stellvertretende Landesvorsitzende der
DPoIG Berlin, Mitinitiatorin des Bürgerbündnisses
für Videoaufklärung und Datenschutz*

DPVKOM

Große Erfolge bei Betriebsratswahlen

Ein hervorragendes Wahlergebnis hat die Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) bei den Betriebsratswahlen bei der Deutschen Post Anfang Mai eingefahren. Betriebsratsmandate und Freistellungen haben kräftig zugelegt.

**Überstunden sind
Zeitdiebstahl!**

DANKE

**an alle Wählerinnen
und Wähler für das
Vertrauen!**

**Auch nach der
Wahl gilt:**

**Wir sind
#FuerDichDa**

DPVKOM
Die Kommunikationsgewerkschaft

Stark. Kompetent. Erfolgreich.

www.fuerdichda.de

Gegenüber 2014 konnte die Anzahl der Mandate um fast 40 Prozent gesteigert werden, bei den Freistellungen wurde sogar ein Zuwachs von rund 73 Prozent erzielt und in der Briefniederlassung Magdeburg stellt die DPVKOM sogar ab sofort den Betriebsratsvorsitz!

Auch das Berliner Ergebnis kann sich sehen lassen, freut sich der Vorsitzende des Regionalverbands Ost, Torsten Jaehne: „In der Briefniederlassung Berlin 1 gibt es ab sofort einen freigestellten DPVKOM-Betriebsrat und in der Niederlassung Berlin 2 wurde die Zahl der DPVKOM-Mandate glatt verdoppelt,

sodass über eine Listenverbindung ebenfalls eine Freistellung möglich ist.“ Für diese positive Entwicklung hat Jaehne eine klare Erklärung: „Unser unermüdlicher Einsatz für die Beschäftigten ist belohnt worden. Unsere neuen und alten Betriebsräte werden wir in diesem Sinne mit vielen Schulungen für ihre verantwortungsvolle Aufgabe fit machen.“

Über freigestellte Betriebsräte kann sich die DPVKOM auch in den Briefniederlassungen Bonn, Braunschweig, Dortmund, Düsseldorf, Erfurt, Essen, Freiburg, Hamburg, Hannover, Kiel, Leipzig, Magdeburg, Reutlingen, Saarbrücken und Würzburg freuen. ■

Betriebsratswahlen bei der BT Berlin Transport

Drei Sitze für gkler

Zwei der insgesamt 17 Sitze im Betriebsrat der Berlin Transport konnte die gkl berlin bei den Wahlen am 17. Mai 2018 gewinnen. Ein weiterer Sitz, der an eine freie Liste entfiel, wird ebenfalls von einem Mitglied der gkl berlin wahrgenommen. Gegenüber den vorhergehenden Wahlen verzeichnete die gkl berlin einen Zuwachs von über 20 Prozent, der nach Einschätzung des Betriebsgruppenvorsitzenden Stephan Briesenick noch höher hätte ausfallen können, wenn nicht eine Vielzahl ungültiger Stimmen zu verzeichnen gewesen wäre.

Zur Wahl angetreten waren nicht weniger als elf Listen, was zu einer starken Zersplitterung bei der Sitzaufteilung führt. So konnten sich drei verschiedene freie Listen am besten durchsetzen.

Die gkl berlin ist im Betriebsrat durch Thomas Switala und Stephan Briesenick vertreten.

Verhältnis zur Geschäftsführung zerrüttet

Wie die Berliner Morgenpost (Ausgabe vom 19. Mai 2018) meldet, ist das Verhältnis zwischen Betriebsrat und BT Geschäftsführung bereits hoffnungslos zerrüttet. Der Betriebsrat fordert die Ablösung der beiden Geschäftsführerinnen und will Strafanzeige wegen Behinderung der Betriebsratsarbeit und der gerade stattgefundenen Betriebsratswahlen 2018 stellen. Konkret wird der Geschäftsführung vorgeworfen, mit Lohnkürzungen für Betriebsrats- und Wahlvorstandsmitglieder unmittelbar in die Betriebsratswahl eingegriffen zu haben. ■

Kommunaler Nahverkehr Berlin

Entgelttarifverhandlungen aufgenommen

Der dbb beamtenbund und tarifunion hat am 17. Mai 2018 mit dem Kommunalen Arbeitgeberverband Berlin (KAV Berlin) Tarifverhandlungen für einen neuen Entgelttarifvertrag im Kommunalen Nahverkehr aufgenommen. Zu den Kernforderungen des dbb zählt die besondere Berücksichtigung der unteren Entgeltgruppen.

Für alle Beschäftigten verlangt der dbb eine Entgelterhöhung von 2,5 Prozent, mindestens jedoch 80 Euro

Die Arbeitgeber haben bei den Auftaktverhandlungen erstmals Bereitschaft erkennen lassen, der dbb Forderung nach einer differenzierten Verteilung des finanziellen Gesamtvolumens nachzukommen.

Dagegen gab es über die Höhe der notwendigen Anpassung noch unterschiedliche Positionen.

Vor dem nächsten Verhandlungstermin wird die Tarifkommission weitere Verteilungsmöglichkeiten des Gesamtvolumens erörtern. ■

DJG

Gespräch mit Justizsenator Behrendt

Die Einbeziehung aller Kolleginnen und Kollegen des Justizdienstes in die Vertrauensarbeitszeit und die Stellenbewertung in der Rechtspflege und im Justizhauptwachtmeisterdienst waren die Kernthemen eines Meinungsaustauschs der DJG Berlin mit Justizsenator Dirk Behrendt am 11. Mai 2018.

In Berlin gilt die Vertrauensarbeitszeit, anders als in anderen Bundesländern, ausschließlich für den höheren Dienst, obwohl seit mehr als zehn Jahren positive Erfahrungen mit ihrer Ausdehnung auf den gesamten Justizdienst gesammelt wurden. So hat unter anderen auch das Amtsgericht Neukölln eine erfolgreiche Erprobung durchgeführt.

Auch bei den Stellenbewertungen kommt das Land Berlin nicht voran, kritisierte die DJG bei dem Ministergespräch. Während es in Baden-Württemberg kein Aufgabengebiet für Rechtspfleger mehr gibt, das noch nach A 9 bewertet ist, müssen sich die Berliner Kolleginnen und Kollegen sogar beim Grundbuch mit dieser Bezahlung zufriedengeben, wo üblicherweise nach A 12 und höher besoldet wird. „Das ist ein Missbrauch

der Beschäftigten und hat mit einer amtsangemessenen Besoldung nichts mehr zu tun“, kritisiert die DJG Berlin.

„Missbrauch der Beschäftigten“

Auch im Bereich des sogenannten mittleren Dienstes gibt es, so die DJG Berlin, nach der Einführung der Servicearbeitsplätze kein Aufgabengebiet mehr, das eine Einstufung nach A 6 rechtfertigt. Vor diesem Hintergrund und angesichts des bundesweit niedrigsten Besoldungsniveaus in Berlin wäre es dringend notwendig, dass die Behördenleitungen systemisch die bestmögliche Bezahlung ihrer Bediensteten sicherstellen. Skandalöserweise ist das aber nicht der Fall.

Der Justizsenator will die Probleme aufgreifen. ■

Zu Gast in der dbb Landesgeschäftsstelle

vbob jugend tagte



Mit von der Partie: Vanessa See (Bild: 5. von rechts), die als stellvertretende Vorsitzende der dbb jugend berlin sach- und fachkundig über die Jugendarbeit auf Landesbundesebene berichten konnte.

In der dbb Landesgeschäftsstelle begrüßen konnte dbb Landeschef Frank Becker Ende April die AG vbob jugend, die sich im Hause des Landesbundes

zwei Tage lang intensiv auf den im Juni anstehenden Gewerkschaftstag des vbob vorbereitet hat. ■

Trinkgefäß	↘	schlechte Ange- wohn- heit	Welt- meer	↘	Zwei praktische Sets haben gewonnen: Regina Canto, 10711 Berlin und M. Baumann, 12309 Berlin										Körper- organ	↘	einen Zweck verfol- gend	↘	Lehrling (Kurz- wort)						
Roll- und Eiskunst- läufiger	→																								orient. Herr- scher- titel
	↗	7																							1
viel Zeit be- anspru- chend			trainie- ren																						
Eloge, Laudatio	Box- kampf- abschnitt					↘	treibende Frostge- bilde auf Flüssen	↘	zünftig, kernig; originell	↘	mühe- los	Anlasser an Fahr- zeugen	↘	unver- heiratet											
	↘			Zucker- rüben- saft		3					Maßein- teilung an Mess- geräten				Kletter- stau- de; Bier- würze										
weib- liches Bühnen- fach		schneller Auto- fahrer		Kultbild der Ost- kirche	streng, genau							4	Sitz- möbel- stück		6										
dick-, zäh- flüssig							römi- scher Kaiser				Spalt- werk- zeug für Holz			Stachel- tier	Burg in der Eifel										
				8	Sport- fischer								land- schaftl.: Grille, Zikade		5										
zauber- kräftige Flüssig- keit			aus- genom- men, frei von				2	Flächen- maß		Täu- schung				Kfz- Zeichen Flensburg											
nämlich					Ähren- borste								Zwie- sprache mit Gott		9										
Enterich							eine Ware bestellen							Haupt- stadt von Oberös- terreich											

PREISRÄTSEL

Zwei nützliche Helfer zu gewinnen

Die Gewinnerin bzw. der Gewinner unseres Juni-Preisausschreibens darf sich über zwei ausgesprochen nützliche Utensilien freuen. Verlost wird unter den Einsendern, die das Schwedenrätsel „geknackt“ haben, ein Samsonite-Knirps für feuchte Regentage sowie ein handliches ledernes Nagel-necessaire für die Handpflege auf Reisen. Beides wurde von der Debeka gesponsert.

Wer teilnehmen will, muss das Lösungswort bis **20. Juni 2018** schicken an:

dbb berlin
 post@dbb.berlin
 Fax: 030.327952-20



Die Gewinner werden ausgelost.
 Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Freigestellte Personalräte

Wegweisendes Urteil zur Wegstreckenentschädigung

Das Bundesverwaltungsgericht hat am 1. März 2018 mit Beschluss – 5 P 5/17 – entschieden, dass freigestellten Personalratsmitgliedern für Fahrten zwischen Wohnung und Sitz des Personalrats unter bestimmten Voraussetzungen die „große Wegstreckenentschädigung“ zusteht. Konkret muss der Personalrat seinen Sitz außerhalb des Wohnortes und des bisherigen Dienstorts haben und die Nutzung des privaten Kraftfahrzeugs im Vergleich zu öffentlichen Verkehrsmitteln zu einer gewichtigen Zeitersparnis führen. Die Entscheidung betrifft das sächsische PersVG, ist aber auch für Berlin interessant, das ebenfalls zwischen kleiner und großer Wegstreckenentschädigung bei der dienstlichen Benutzung eines privaten Pkw unterscheidet.



Zugrunde liegt dem Beschluss die Klage eines freigestellten Personalratsmitglieds, das für seine täglichen Fahrten vom Wohnort zum Sitz des Personalrats die große Wegstreckenentschädigung geltend gemacht hatte – ohne Anrechnung der Strecke zwischen Wohnung und bisherigem Beschäftigungsort. Zugleich hatte er die Feststellung triftiger Gründe für die Benutzung seines privaten Kraftfahrzeugs beantragt, die nicht nur zur sogenannten einfachen Wegstreckenentschädigung in Höhe von 15 Cent für jeden gefahrenen Kilometer berechtigen, sondern zur deutlich höheren großen Wegstreckenentschädigung von 25 Cent/Kilometer.

Triftige Gründe

Im Sächsischen Reisekostenrecht zählen etwa dringende dienstliche oder zwingende persönliche Angelegenheiten als triftige Gründe.

Ähnliche Voraussetzungen finden sich im Bundesreisekostengesetz, das für Berliner Personalräte gilt: Bei erheblichem dienstlichen Interesse beträgt die Wegstreckenentschädigung hier 30 Cent je Kilometer.

Da die Bestimmungen des Reisekostenrechts im Personalvertretungsrecht nur entsprechende Anwendung finden, ist bei deren Auslegung und Anwendung der inneren Logik, den Normen und den Grundsätzen des Personalvertretungsrechts Rechnung zu tragen.

Wichtiger Grundsatz in diesem Zusammenhang ist insbesondere das Benachteiligungsverbot, wonach Personalratsmitglieder nicht schlechter behandelt werden dürfen als vergleichbare Beschäftigte ohne Personalratsmandat (vgl. BVerwG, Beschlüsse vom 27. Januar 2004 – 6 P 9.03 – Buchholz 250 § 44 BPersVG Nr. 33 S. 15 f. und vom 28. November 2012 – 6 P 3.12 – Buchholz 262 § 9 TGV Nr. 1 Rn. 16 m. w. N.).

Das gilt auch für eine finanzielle Schlechterstellung, die in letzter Konsequenz sogar von der Wahrnehmung eines Amtes als freigestelltes Mitglied des Personalrats abhalten könnte (vgl. BVerwG, Beschlüsse vom 21. Mai 2007 – 6 P 5.06 – Buchholz 251.5 § 42 HePersVG Nr. 1 Rn. 27 und vom 28. November 2012 – 6 P 3.12 – Buchholz 262 § 1 TGV Nr. 1 Rn. 18).

Öffentliche Verkehrsmittel haben Vorrang

Allerdings bedeutet das nicht, dass freigestellten Personalratsmitgliedern für ihre arbeitstäglichen Fahrten stets Reisekostenvergütung in Form der großen Wegstreckenentschädigung zu gewähren ist (vgl. BVerwG, Beschluss vom 19. Juni 2013 – 6 PB 18.12 – Buchholz 251.91 § 45 SächsPersVG Nr. 2 Rn. 14). Ist die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel möglich und zumutbar, wird bei Benutzung eines privaten Kraftfahrzeugs die kleine Wegstreckenentschädigung gewährt, wie bei Anspruchsberechtigten ohne personalvertretungsrechtliche Funktion auch.

Im konkreten Fall war die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel dem Personalratsmitglied allerdings zwar möglich, aber wegen erheblicher Zeiteinbußen von täglich zusätzlich 60 bis 80 Minuten nicht zuzumuten. Auch der Gesichtspunkt der vom Gesetzgeber gewollten ökologischen Verhaltenssteuerung musste hier zurücktreten, entschieden die Richter.

Berücksichtigt werden ausschließlich Fahrten, die durch das Personalratsamt verursacht werden. Ausgeschlossen ist demnach die Erstattung von Fahrtkosten, die auch für jeden Beschäftigten ohne Personalratsamt anfallen, wie die Kosten für Fahrten zur bisherigen Dienststelle und zurück.

Maria Timmermann

Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Pflege

Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem die berufliche Situation von Beamtinnen und Beamten, die Familienangehörige pflegen, verbessert werden soll. Der Gesetzentwurf soll künftig Teilzeitbeschäftigung oder Freistellung als Familienpflegezeit oder Pflegezeit oder zur Begleitung naher Angehöriger in deren letzter Lebensphase erlauben. Sonderurlaub unter Fort-

zahlung der Besoldung soll gewährt werden, um in einer akut aufgetretenen Pflegesituation eine bedarfsgerechte Pflege zu organisieren oder eine pflegerische Versorgung sicherzustellen.

Die Vorlage wird nun vor Beschlussfassung im Senat und Beratung im Abgeordnetenhaus zunächst dem Rat der Bürgermeister zur Stellungnahme zugeleitet. ■

Aktuelle Besoldungstabelle online

In Berlin wurde mit Gesetz vom 9. April 2018 die ursprünglich vorgesehene Besoldungsanpassung ab 1. August 2018 um zwei Monate auf den 1. Juni 2018 vorverlegt.

Demnach erhöhen sich die Bezüge für die Beamten und Versorgungsempfänger

- > zum 1. Juni 2018 um 3,2 Prozent und
- > für die Anwärterinnen und Anwärter um 75 Euro.

Die aktuellen Grundgehaltstabellen zum 1. Juni 2018 mit den zur Besoldung gehörenden Bestandteilen Familienzuschlag, Anwärterbezüge und wichtigen Zulagen stehen zum Download zur Verfügung unter

https://www.dbb.de/fileadmin/pdfs/einkommens tabellen/besoldungstab_berlin_180601.pdf. ■

„Zeit, einfach mal Danke zu sagen!“ geht in die nächste Runde

Die berlinweite Kampagne „Zeit, einfach mal Danke zu sagen!“ wird fortgeführt. In den kommenden Wochen werden neun neue Motive auf Großflächenplakaten, Litfaßsäulen und im Berliner Fenster der U-Bahnen zu sehen sein.

Videos und weitere Informationen zur Kampagne „Zeit, einfach mal Danke zu sagen!“ unter www.berlin.de/einfachmaldanke. ■



Zeit, einfach mal
Danke zu sagen!

Design: © polygraphdesign.com